

Verbands-Management (VM)

Fachzeitschrift für Verbands- und Nonprofit-Management



VM 3/13

Forster, Nicola; Bimmler, Michael

Brussels calling: Engagement Schweizer Think-Tanks in der EU

Verbands-Management, 39. Jahrgang, Ausgabe 3 (2013), S. 9-16.

Herausgeber: Verbandsmanagement Institut (VMI) www.vmi.ch,
Universität Freiburg/CH
Redaktion: Irene Weber
Layout: Irene Weber / Paulusdruckerei, Freiburg/CH
Fotomaterial: Credit © European Union, 2013
ISBN: 3-909437-38-9
ISSN: 1424-9189
Kontakt: info@vmi.ch

Die Zeitschrift VM erscheint dreimal jährlich in den Monaten April, August und November.

Abdruck und Vervielfältigung von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Abschnitten, nur mit Genehmigung des Herausgebers.



Fachbeitrag

Brussels calling: Engagement Schweizer Think-Tanks in der EU

Nicola Forster und Michael Bimmler

Entwicklungen und Entscheide in der Europäischen Union sind oft von höchster Relevanz für die Schweiz. Von Schweizer Seite sind aber in Brüssel (fast) nur Vertreter der Regierung und der Wirtschaft tätig. Ein stärkeres Engagement von Nonprofit-Organisationen jeglicher Art wäre lohnenswert, wie hier am Beispiel eines Think-Tanks aufgezeigt wird.

Die Schweiz und die EU

Trotz ihrer Nicht-Mitgliedschaft ist die Schweiz mit der Europäischen Union (EU) seit langem wirtschaftlich und politisch eng verknüpft.¹ Drei Viertel der Schweizer Importe kamen im 2012 aus der EU und mehr als 55% der Exporte hatten die EU als ihr Ziel. Täglich werden im Wert von mehr als einer Milliarde Franken Waren oder Dienstleistungen zwischen der EU und der Schweiz ausgetauscht. Mehr als 1,4 Millionen EU-Bürger sind entweder in der Schweiz wohnhaft oder arbeiten hier als Grenzgänger, dazu haben Schweizer Unternehmen im EU-Raum mehr als 1,25 Millionen Arbeitsplätze geschaffen. Die Schweiz ist derzeit für die EU dritt wichtigster Absatzmarkt und insgesamt viert wichtigster Handelspartner nach den USA, China und Russland, aber noch vor der Türkei, Japan, Brasilien oder Indien. Im Gegenzug war die EU für die Schweiz im letzten Jahr wichtigster Handelspartner in jeglicher Hinsicht.²

Mehr als hundert Verträge bilden den juristischen Rahmen der bilateralen Beziehungen, darunter die berühmten «Bilateralen I und II», das weiterhin relevante Freihandelsabkommen aus dem Jahr 1972, aber auch technische Abkommen zur Zusammenarbeit der Zoll- oder Polizeibehörden. Qualitativ betreibt die Schweiz somit nicht nur klassischen Freihandel mit der EU, sondern ist substantiell in den EU-Binnenmarkt eingebunden. Über die Schengen-Dublin-Abkommen ist die Schweiz zudem an einem Kernstück der europäischen Sicherheitszusammenarbeit beteiligt.

Die politischen Prozesse innerhalb der EU und die Weiterentwicklung des EU-Rechts (*acquis communautaire*) sind deshalb für die Schweiz von eminent wichtiger Bedeutung. Dies betrifft nicht nur die öffentliche Verwaltung, die Wirtschaft und die politischen Parteien, sondern insbesondere auch alle schweizerischen Nonprofit-Organisationen (NPOs), die ihren Einfluss zur Zeit nur national geltend machen. Für sie wird es wichtig, zu überprüfen, ob und in welcher Form sie sich auch in Brüssel engagieren wollen.

Dieser Artikel beschreibt zunächst kurz die Stellung von Lobbyisten und NPOs gegenüber den EU-Institutionen. Danach wird erläutert, inwiefern Schweizer Akteure bereits im EU-Bereich tätig sind. Im Hauptteil soll dann anhand des Beispiels eines Think-Tanks skizziert werden, welche Möglichkeit eine Schweizer NPO hat, um ihre Aktivitäten in Brüssel auszubauen und alleine oder in Kooperation mit europäischen Partnern aktiv zu werden.

Lobbying, Nonprofit-Organisationen und die EU

Neben Washington D.C. gilt Brüssel als eines der wichtigsten Zentren für Nonprofit-Organisationen aller Art. Aufgrund der vielen Aufgaben- und Tätigkeitsfelder der Europäischen Union sowie der von ihr verteilten Finanzmittel besteht eine grosse Zahl von Interessengruppen (*stakeholders*), welche auf die Arbeit der EU Einfluss nehmen möchten. Für diese ist eine physische Präsenz in Brüssel unabdingbar. Denn mit den Möglichkeiten der modernen Kommunikationstechnologie kann zwar der Informationsfluss gewährleistet werden, aber *decision shaping* bedarf nach über längere Zeit etablierten und institutionalisierten Zugängen zu Entscheidungsträgern und Beeinflusserinnen.³

Für die Europäische Kommission als Hauptarbeitgeberin innerhalb der EU-Institutionen arbeiten etwa 38 000 Angestellte, was gemessen an ihren Aufgaben



Credit © European Union

erstaunlich wenig ist. Zum Vergleich: Der Kanton Zürich allein beschäftigt schon ca. 33 000 Mitarbeitende. Entsprechend ist die Verwaltung stark auf das Expertenwissen aussenstehender Kreise angewiesen: Im Register der Interessenvertreter, die bei der Europäischen Union akkreditiert sind, finden sich zurzeit knapp 5 900 eingetragene Organisationen.⁴ Die Eintragung im Register ist freiwillig, aber Voraussetzung für die Zuteilung eines permanenten Zugangspasses zum Europäischen Parlament. Daneben gibt es deshalb eine Dunkelziffer von nicht akkreditierten Organisationen.⁵ Eine aktuelle österreichische Studie schätzt die Anzahl in Brüssel tätiger Lobbyisten auf 15 000 – 20 000 Einzelpersonen.⁶ Damit ergibt sich also ein Verhältnis von etwa einem Lobbyisten auf zwei Mitarbeitende der Europäischen Kommission.

Die in der EU-Politik tätigen nichtstaatlichen Akteure können grob in drei Kategorien eingeteilt werden, wobei sich Überschneidungen ergeben. Am zahlreichsten sind die Verbände, welche im Namen einer bestimmten Branche klassisches Lobbying betreiben. Diese Kategorie umfasst momentan knapp 3 000 Einträge im oben erwähnten Register. Vom «European Chemical Industry Council» über «InsuranceEurope» bis zum «Standing Committee of European Doctors» finden sich diverse Vereinigungen von Unternehmen und Selbständigen. Nicht nur die Arbeitgeber, auch die Arbeitnehmer (z.B. «European Transport Workers Federation») und die Konsumenten (z.B. «European Federation of Financial Services Users») sind durch Dachverbände vertreten.

Typischerweise sind die Mitglieder dieser Verbände wiederum Verbände auf nationaler Ebene, wobei einflussreiche, europaweit tätige Unternehmen auch über Direktmitgliedschaften eingebunden sind. Zudem sind letztere oft zusätzlich mit einem separaten, unternehmenseigenen Büro präsent. Durch ein ständiges Sekretariat in Brüssel betreiben die Verbände Lobbying bei den EU-Institutionen sowie Öffentlichkeitsarbeit und nehmen verschiedene Querschnittsfunktionen für ihre Mitglieder wahr (z.B. Konferenzorganisation, Weiterbildung usw.).

Weiter sind fast alle international tätigen Hilfswerke und Entwicklungsorganisationen in Brüssel vertreten, zurzeit etwa 1 500. Die EU-Institutionen sind momentan der weltweit zweitgrösste Beitragsgeber in der Entwicklungs- und humanitären Hilfe und verteilen jährlich mehr als 17,5 Milliarden Dollar an Unterstützungsgeldern.⁷ Für viele Entwicklungsorganisationen ist die EU deshalb ein namhafter Geldgeber und Partner. Zudem treffen sich die Vertreter der EU-Mitgliedsstaaten regelmässig in Brüssel, um ihre nationalen Entwicklungspolitiken zu koordinieren. Für globale Organisationen wie Oxfam, Save the Children oder Médecins sans Frontières ist es deshalb besonders wichtig, auf die Entwicklungspolitik der EU Einfluss nehmen zu können und sich an ihren Programmen zu beteiligen.

Zuletzt finden sich im Umkreis der EU auch diverse Think-Tanks, welche Policy-Analysen durchführen und (öffentliche oder nicht-öffentliche) Empfehlungen

abgeben. Die Zahl dieser Think-Tanks hat sich in den letzten 15 Jahren stark vergrössert.⁸ Verschiedene Think-Tanks konzentrieren sich dabei spezifisch auf die Politik der EU – so etwa das European Policy Centre (EPC) oder der Wirtschafts-Think-Tank BRUEGEL. Weiter haben viele Think-Tanks aus europäischen und aussereuropäischen Ländern ein «EU-Büro» in Brüssel, welches den Kontakt zur europäischen Politikszene sicherstellt, zum Beispiel die deutsche Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) oder die amerikanischen Think-Tanks Carnegie und RAND.

All diese Organisationen vertreten ihre Interessen in vielfältiger Weise in Brüssel: vom traditionellen Lobbying von Europaparlamentarierinnen, EU-Kommissaren und Beamtinnen über die Teilnahme an formellen Vernehmlassungen und Anhörungen und Mitarbeit in Expertenkommissionen bis zu Pressearbeit, Organisation von thematischen Veranstaltungen und Finanzierung oder Durchführung von Studien. Dabei profitieren sie häufig von der Unterstützung ehemaliger «EU-Insider», die als Politikerinnen oder Beamten tätig waren.⁹

Schweizer Akteure und die EU

Eine aktive Interessenvertretung in Brüssel lohnt sich auch für Schweizer Akteure: Mit einem erfolgreichen Lobbying kann hier EU-Recht beeinflusst werden, das dann für alle 28 Mitgliedsstaaten gilt und in einer

zweiten Runde meist von den EWR-Staaten sowie der Schweiz übernommen wird.

Banken, Pharma-, Strom- und Lebensmittelbranche haben dies schon längst bemerkt und investieren erhebliche Mittel. Novartis ist beispielsweise mit knapp zehn Personen in einem Büro in Sichtweite des EU-Parlaments stark präsent. Economiesuisse hat sich im gleichen Gebäude wie der europäische Wirtschaftsdachverband BusinessEurope angesiedelt, wobei der Cheflobbyist François Baur gar einmal pro Monat für alle Schweizer Unternehmensvertreter in Brüssel eine «Happy Swiss Hour» in einer coolen Bar organisiert. Viele Unternehmen lassen sich auch vertreten, beispielsweise durch Public Affairs-Agenturen mit Sitz in Brüssel wie etwa Furrer.Hugi & Partner (u.a. Swisscom, Post, Finanzindustrie) oder Anwaltskanzleien wie Steptoe & Johnson LLP (v.a. Energiebranche), die dank zwei etablierten Schweizer Partnern vergleichsweise viele Schweizer Mandate betreuen.

Wer sich in Brüssel auf die Suche nach Büros von Schweizer NPOs macht, wird jedoch kaum fündig: Eine Suche im Transparenzregister fördert von den bekannten Schweizer NPOs – neben der FIFA – nur Terre des Hommes und die Erklärung von Bern zu Tage. Auch Think-Tanks wie Avenir Suisse oder das Gottlieb-Duttweiler-Institut haben keine regelmässige Präsenz in Brüssel, über das dem Center for Security



Credit © European Union

Studies der ETH Zürich angegliederte International Security Network bestehen wenigstens einige etablierte Partnerschaften. Eine Präsenz vor Ort scheint aber Mangelware, die Aktivitäten der Schweizer NPOs werden bisher meist vom Schweizer Hauptsitz oder von einer Mutterorganisation (z.B. WWF oder Amnesty International) koordiniert.

Der Schweizer Think-Tank in Brüssel als Brücke für Ideen und Personen

Bereits einleitend wurde die Relevanz der Entwicklungen auf EU-Ebene für die Schweiz beschrieben: Entscheide, Rechtsakte und (Industrie-)Standards gelten oft, zumindest indirekt, auch für Schweizer Akteure. Zudem haben diese auch ein Interesse an den von der EU verteilten Geldern, zum Beispiel im Bereich Forschung. Für schweizerische Interessensvertreter gibt es also gute Gründe, in Brüssel aktiv zu werden und diese Aktivität mit einem institutionellen Unterbau zu stärken. An dieser Stelle soll der Fokus nicht auf eine klassische Lobbying-Organisation, sondern auf ein Modell eines Brüsseler Büros für einen Schweizer Think-Tank gerichtet werden; hier besteht ein ungenutztes Potenzial, das durchaus einen langfristigen Ertrag bringen könnte. Die Schlüsse aus der vorliegenden Analyse dürften – *mutatis mutandis* – teilweise auch für weitere schweizerische NPOs Gültigkeit haben.

Worin, neben der wissenschaftlich interessanten Analyse von Politikprozessen, liegt der potenzielle

Mehrwert und das Alleinstellungsmerkmal eines Brüsseler Ablegers eines Schweizer Think-Tanks? Zum einen könnte ein Schweizer Think-Tank an die helvetische Tradition der «Guten Dienste» anknüpfen. Als Nicht-Mitglied ist die Schweiz, obwohl häufig mitbetroffen, (zu) weit von den direkten Verhandlungen unter den EU-Staaten entfernt. Ein Think-Tank, welcher mit der Schweiz assoziiert wird, hätte somit die Möglichkeit, einen glaubwürdigen und offenen «Hub» für innovative Diskussionen bereitzustellen. Dieser sollte sich explizit nicht nur mit für die Schweiz relevanten bilateralen Themen befassen, sondern könnte den Mitgliedsstaaten eine neutrale Plattform für den Austausch von Ideen zur Zukunft der Union anbieten; die Schweiz verfügt hier durchaus über Kompetenzen und Erfahrungen, die die EU interessieren könnten.

Zum anderen könnte dieser Think-Tank auch eine wichtige Rolle in der sogenannten «Track-2-Diplomatie» spielen, als Gegenstück zu den Verhandlungen auf Regierungsebene zwischen der Schweiz und den EU-Institutionen («Track 1»)¹⁰. Intensivierte Kontakte auf inoffizieller Ebene könnten gerade bei zukünftigen Problemen zwischen EU und Schweiz zu einer einfacheren und schnelleren Lösungs- bzw. Kompromissfindung beitragen. Gleichzeitig kann über einen solchen Think-Tank die EU-Politik der Schweizer Öffentlichkeit nähergebracht werden, zum Beispiel in Kooperation mit einem Schweizer Medium, welches einen «Brief aus Brüssel» oder andere Formate in seine EU-Berichter-

Anzeige



NonproCons

Neue Wege für Nonprofit-Organisationen

NonproCons ist für alle Nonprofit-Organisationen ein kompetenter und vertrauensvoller Partner in den zentralen Fragen des Managements und der Finanzierung der Organisation – von der Beratung bis zur praktischen Umsetzung.

Eine alteingesessene Förderstiftung im Bereich der Sozialhilfe ist für eine effiziente Geschäftsführung zu klein und für eine Milizorganisation zu gross. NonproCons entwickelt Alternativen für die Zukunft der Stiftung. Sie wird liquidiert und ihr Vermögen in Millionenhöhe einer anderen Institution übertragen. NonproCons begleitet die beiden Institutionen bei der Umsetzung in allen rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Fragen.



**Fundraising & Sponsoring
Management Consulting**

NonproCons

Rittergasse 35 • 4051 Basel
Telefon +41 61 278 93 93

www.nonprocons.ch  

stattung einbaut. Der Think-Tank kann so als Radar in Brüssel dienen, welcher aktuelle Entwicklungen in der EU frühzeitig in die Schweiz transportiert und die innenpolitische Debatte zu Eurothemen anstösst. Daneben könnte er auch eine institutionalisierte «Brücke» zwischen der Schweiz und der EU herstellen, welche diverse Akteure – andere NGOs, Verwaltungen, Medien etc. – nutzen könnten; ein regelmässiger Dialog auf allen Stufen wäre die erwünschte Folge davon.

Ein Schweizer Think-Tank hat auch ein klares Eigeninteresse an einer Präsenz in Brüssel: Er kann so seine eigene Relevanz und internationale Ausstrahlung stärken. Zudem schärft er seine Authentizität und Glaubwürdigkeit – gerade auch gegenüber der Schweizer Öffentlichkeit! –, da er nah am Geschehen vor Ort ist sowie in der Lage, auch unveröffentlichte Dokumente zu analysieren. Brüssel als Zentrum europäischer Politik bietet Gelegenheit, von den wichtigen Akteuren und Beobachtern wahrgenommen zu werden, insbesondere wenn ein Think-Tank eine attraktive Diskussionsplattform zur Verfügung stellt. Zudem kann er die von ihm entwickelten Ideen einem breiteren Publikum vorstellen und somit besser «verkaufen».

Zur Finanzierung der Präsenz in Brüssel wäre hauptsächlich auf Unterstützungsbeiträge von Wirtschaft und Stiftungen bzw. Privatpersonen zurückzugreifen. Während Beiträge des Bundes zwar insbesondere für einzelne Projekte denkbar sind, sollte eine allzu starke Abhängigkeit von der öffentlichen Hand vermieden werden, um weiterhin als neutrale Institution aufzutreten. Eine schweizerische Adaption des Modells «Goethe-Institut»/«British Council» im Rahmen der Kulturaussenpolitik (beispielsweise ein «Wilhelm Tell-Institut»?) wäre zwar auch interessant, ist jedoch vom hier besprochenen Ansatz klar zu trennen.

Um die obengenannten Ziele zu erreichen, sehen wir vier Schritte, die Erfolg versprechen. Diese können einzeln, zeitlich gestaffelt oder parallel umgesetzt werden und verstärken sich gegenseitig in ihrer Wirkung.

♦ **Gründung eines Liaison-Office in Brüssel**

Die Gründung eines Brüsseler Büros bietet einem Schweizer Think-Tank wohl am meisten Möglichkeiten, in Brüssel aktiv zu sein und im Umfeld der EU Einfluss zu nehmen. Dabei ist zumindest anfangs kein grosser Personalaufwand notwendig. Bereits die Schaffung eines einzelnen Arbeitsplatzes für einen «EU Representative», allenfalls unterstützt von einem Praktikanten, verschafft dem Think-Tank ein erstes Standbein in Brüssel. In der Tat funktionieren viele NPO-Sekretariate und Think-Tank-Ableger in Brüssel mit 1 bis h3 Festangestellten, die sowohl inhaltliche wie auch administrative Arbeit leisten. Schlussendlich zählt die Anzahl Kontakte, Besuche und Auftritte in Brüssel mehr als der tatsächliche Personalbestand.

Der Schweizer Think-Tank sollte sich in diesem Modell einer breiteren europäischen Öffentlichkeit vorstellen, indem er selbst in Brüssel regelmässig Veranstaltungen organisiert. Bei diesen Veranstaltungen kommen Think-Tank-Mitarbeitende wie auch externe Referenten zu Wort, etwa Schweizer Politiker, Führungspersonal von Institutionen wie Nationalbank oder SBB, Akademikerinnen oder Vertreter von Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Dadurch kann eine regelrechte «Bühne für Schweizer Ideen» entstehen, an denen best practices und Schweizer Erfolgsgeschichten wie direkte Demokratie, Föderalismus, duales Bildungssystem oder die Schuldenbremse erläutert und diskutiert werden können. Diese könnten dann, in Zusammenarbeit mit europäischen Partnern, auf den Kontext einzelner EU-Mitgliedsstaaten oder der EU

➔ Gründung eines Liaison-Office in Brüssel
➔ Strategische Partnerschaft mit einer etablierten Brüsseler Organisation
➔ Mitgliedschaft in einem Dachverband
➔ Kooperation mit Brüsseler Universitäten

Abbildung 1: Vier Schritte zum Erfolg



selbst adaptiert und als Idee in laufende politische Diskussionen eingebracht werden.

Durch Aufbau und Pflege eines breiten Kontaktnetzes sowie die regelmässige Teilnahme an relevanten Veranstaltungen ergeben sich zudem Einladungen auch zu nicht-öffentlichen Veranstaltungen, einschliesslich geschlossener Briefings der Kommission oder Expertenanhörungen des Parlaments. Der Think-Tank sollte Kooperationen mit anderen Organisationen anstreben und selbst initiieren, etwa bei internationalen Studien, Veranstaltungsreihen oder Vernehmlassungsantworten.

♦ **Strategische Partnerschaft mit einer etablierten Brüsseler Organisation**

Als erster Schritt zu einer stärkeren Ausrichtung nach Brüssel ist eine strategische Partnerschaft mit einem oder mehreren etablierten Brüsseler Think-Tank(s) möglich; diese kann auch vor bzw. ohne Aufbau einer physischen Präsenz in Angriff genommen werden. Ziel einer solchen Partnerschaft wäre ein strukturierter gegenseitiger Austausch von Forschern und Ideen. Zum Beispiel könnten Mitarbeiter beider Think-Tanks ein «Sabbatical» als Gastwissenschaftler bei der jeweils anderen Partnerorganisation verbringen, eventuell unterstützt durch ein Stipendium. Beide Think-Tanks könnten sich prinzipiell verpflichten, sich bei gewissen Kategorien/Themen von Studien gegenseitig anzufragen, ob Interesse für eine Kooperation besteht bzw. ob der andere Think-Tank Experten vermitteln kann. Auch gemeinsame Veranstaltungen, die sukzessive in Brüssel und in der Schweiz (oder sogar parallel mit Videolink) durchgeführt werden, sind denkbar.

♦ **Mitgliedschaft in einem Dachverband**

Weiter empfiehlt sich für einen Schweizer Think-Tank, der europäische Ausstrahlung anstrebt, auch die Beantragung der Mitgliedschaft in einem der zwei Dachverbände TEPSA (Trans European Policy Studies Association; <http://www.tepsa.eu>) oder EPIN (European Policy Institutes Network; <http://www.epin.org>). Beide Vereinigungen verfügen noch über kein einziges Schweizer Mitglied – die Mitgliedschaft ist aber nicht auf EU-Mitglieder beschränkt, auch Organisationen aus der Türkei und Island sind involviert. TEPSA und EPIN vereinfachen die Kooperation unter ihren Mitgliedern und ermöglichen einen ständigen Austausch sowohl informell wie auch an

regelmässigen Treffen. Zudem übernehmen die beiden Organisationen die Rolle von Koordinatoren, wenn für grössere Projekte Konsortien von Think-Tanks gebildet werden, z.B. für eine Rahmenschreibung des Europäischen Parlaments. Eine Mitgliedschaft bei TEPSA oder EPIN bietet für einen relativ geringen finanziellen Aufwand (Mitgliederbeitrag) einen einfachen Zugang zum Netzwerk europäischer Think-Tanks und zu spannenden Kooperationsmöglichkeiten.

♦ Kooperation mit Brüsseler Universitäten

Zuletzt empfiehlt sich für Schweizer Think-Tanks auch die Aufnahme von Kontakten zu den zwei grossen Brüsseler Universitäten, der flämischen *Vrije Universiteit Brussel* und der französischsprachigen *Université libre de Bruxelles*. Beide haben starke Kompetenzen in der europäischen Politikwissenschaft und Analyse der Abläufe auf EU-Ebene, was zu interessanten Kooperationen führen könnte, insbesondere auch unter Einbezug von Schweizer Universitäten mit entsprechenden Interessen. Zu denken wäre etwa an das gegenseitige Angebot von Fellowships in Brüssel und der Schweiz, gerade auch für Nachwuchsforschende. Hier bietet sich allenfalls eine Kooperation mit der Schweizerischen Studienstiftung an. Europäische bzw. schweizerische Perspektiven könnten auf diese Weise einfacher Eingang in den jeweils anderen politischen und öffentlichen Diskurs finden. Im Erfolgsfall kann so der europäisch-schweizerische Dialog über Schlagwörter wie «fremde Richter» oder «Schwarzgeld- und Steueroase» hinaus erweitert werden.

Fazit

Schweizer Aktivitäten in Brüssel konzentrieren sich zum heutigen Zeitpunkt auf die offiziellen politischen Beziehungen sowie auf direktes oder indirektes wirtschaftliches Lobbying. Nonprofit-Organisationen aus der Schweiz sind nur sehr vereinzelt, Think-Tanks sogar überhaupt nicht präsent. Wie in diesem Artikel aufgezeigt, stellt diese Absenz des dritten Sektors eine bisher ungenutzte Chance für schweizerischen «Impact» dar, womit zugleich Einfluss und Gestaltungsmöglichkeit als auch Wahrnehmung der Schweiz ausserhalb der politischen und unternehmerischen Domäne gemeint ist.

Insbesondere den Think-Tanks, welche vorliegend im Fokus stehen, könnte ein stärkeres Engagement in der Hauptstadt der EU-Politik attraktive Kooperationsmöglichkeiten und Chancen zur Profilierung eröffnen. Doch auch die schweizerische Europapolitik insgesamt würde profitieren. Es entsteht die Chance, früher über relevante Entwicklungen Bescheid zu wissen sowie Empfehlungen für die Schweiz auf soliderer Basis formulieren zu können. Die Tradition der Schweizer «soft power» könnte auf europäischer Ebene eingebracht werden, indem Modelle wie Föderalismus, kantonale Konkordate, Schuldenbremse oder das duale Bildungssystem vorgestellt und für den EU-Kontext adaptiert werden. Wenn nicht gleich als Vermittler, so könnten schweizerische Think-Tanks doch zumindest als Ideen- und Impulsgeber in Brüssel auftreten. Zudem wäre es möglich, die formellen Verhandlungen zwischen Schweiz und EU im Sinne von «Track-2-Diplomatie» mit inoffiziellen Kontakten zwischen schweizerischen und europäischen Persönlichkeiten im strukturierten Rahmen zu ergänzen, etwa an geschlossenen und offenen Veranstaltungen eines schweizerischen Think-Tanks.

Der finanzielle und personelle Aufwand für die verschiedenen vorgeschlagenen Modelle, wie etwa ad-hoc-Kooperationen oder eine strategische Partnerschaft mit einem europäischen Think-Tank, ist zu Beginn wohl relativ hoch, lohnt sich aber. Jeder schweizerische Think-Tank (und in Analogie auch jede schweizerische Nonprofit-Organisation), der Entwicklungen in der EU-Politik als relevant für seine Arbeit erachtet, sollte letztendlich die Eröffnung eines Brüsseler Büros zumindest mittel- bis langfristig in Erwägung ziehen. Brussels calling!

Fussnoten

- ¹ Wir verdanken die wertvollen Kommentare von Daniel Beck, Thomas Held, Philippe Lorenz, Florian Rittmeyer, Johan Rochel und Maximilian Stern.
- ² Zahlenquelle: Direktion für Europäische Angelegenheiten (2013); European Commission (2013).
- ³ Dinan & Wesselius (2010).
- ⁴ Gemeinsames Transparenzregister-Sekretariat der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments 2013
- ⁵ Beyers et al. (2008), S. 1106.
- ⁶ Plehwe (2012), S. 6.
- ⁷ OECD (2013).
- ⁸ Berkhout & Lavery (2010), S. 455.
- ⁹ Vaubel et al. (2012).

¹⁰ Als Track-2-Diplomatie werden informelle Kontakte und Gespräche in einem organisierten Rahmen bezeichnet, die zwischen Nicht-Regierungsvertretern zweier oder mehrerer Länder stattfinden (z.B.: Akademikerinnen, Politiker und Beamtinnen im Ruhestand, Vertreter der Zivilgesellschaft).

Literatur

Berkhout, J. & Lovery, D. (2010). The changing demography of the EU interest system since 1990. *European Union Politics*, 3, S. 447-461.

Beyers, J., Eising, R. & Maloney, W. (2008). Researching Interest Group Politics in Europe and Elsewhere: Much We Study, Little We Know? *West European Politics*, 6, S. 1103-1128.

Dinan, W. & Wesseliuss E. (2010). Brussels: A lobbying paradise? In: ALTER-EU (Hrsg.), *Bursting the Brussels Bubble*. Brüssel.

Direktion für Europäische Angelegenheiten (2013). *Wirtschaftliche Bedeutung*. URL: <http://www.europa.admin.ch/themen/00499/00755/00761/index.html?lang=de>.

European Commission, DG Trade (2013). *Switzerland – Trade Statistics*. URL: <http://trade.ec.europa.eu/doclib/html/113450.htm>.

Gemeinsames Transparenzregister-Sekretariat der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments (2013). *Statistiken des Transparenzregisters*. URL: <http://ec.europa.eu/transparencyregister/public/consultation/statistics.do?action=prepareView&locale=de#de>.

OECD (2013). *Net Official Development Assistance from DAC and other Donors in 2012*. URL: <http://www.oecd.org/development/stats/ODA2012.pdf>.

Plehwe, D. (2012). *Europäisches Kräfteressen – europäische Kräfte messen: Eine Auswertung von verfügbaren statistischen Daten zur Entwicklung und zum ungleichen Stand der Interessenvertretung in Brüssel (Organisationen, Finanzen, Personal)*. Wien.

Vaubel, R., Klingens, B. & Müller, D. (2012). There is life after the Commission: An empirical analysis of private interest representation by former EU commissioners, 1981-2009. *The Review of International Organizations*, 1, S. 59-80.

Die Autoren



Nicola Forster/forster.nicola@gmail.com

Nicola Forster ist Gründungspräsident des Think-Tanks *foraus* – Forum Aussenpolitik und Jurist mit Studien an den Universitäten Zürich, Montpellier und Lausanne. Aktuell beschäftigt er sich bei der SWP (Stiftung Wissenschaft und Politik) in Brüssel als Visiting Fellow des Mercator Kollegs mit neuartigen Think-Tank-Formaten für die internationale Politik. Daneben ist er Curator der WEF Global Shapers Zürich, Stiftungsrat von Science et Cité sowie Vizepräsident des Law & Economics Clubs und wurde soeben in die weltweiten «99 Foreign Policy Leaders under 33» aufgenommen.



Michael Bimmler/mbimmler@gmail.com

Michael Bimmler hat an der Universität Oxford Geschichte und Politologie studiert und mit dem Bachelor of Arts abgeschlossen. Nun absolviert er am Institut de hautes études internationales et du développement (IHEID) in Genf den Master in International Affairs. Er arbeitete unter anderem für die Stiftung Wissenschaft und Politik in Brüssel, die Delegation der Europäischen Union in Bern, das Human Security Report Project in Vancouver sowie das Global Humanitarian Forum in Genf. Bei *foraus* beschäftigt er sich mit europapolitischen Fragestellungen.

Zu *foraus* – Forum Aussenpolitik:

Der unabhängige Think-Tank *foraus* – Forum Aussenpolitik – Forum de politique étrangère entwickelt Ideen, Empfehlungen und Werkzeuge für aussenpolitische Entscheidungsträger/innen und die breite Öffentlichkeit und bildet so eine Brücke zwischen Wissenschaft und Politik. *foraus* ist eine Graswurzel-Bewegung: Der Erfolg basiert auf dem ehrenamtlichen Einsatz von schweizweit über 600 Akademikern/innen und jungen Berufstätigen, die auf Basis ihrer Expertise Studien verfassen und Veranstaltungen organisieren. *foraus* wurde im Herbst 2009 in Bern gegründet, hat seine Geschäftsstelle in Zürich und Genf und ist heute in allen Universitätsstädten der Schweiz aktiv.